

# Eine Chronik des NSU

Von Annelies Senf und Ernst Kovahl

## 1992

Nach dem Verbot des »Hess-Aufmarsches« in Wunsiedel marschieren 2.000 Neonazis in Rudolstadt auf. Einer der Organisatoren ist Tino Brandt.

## 1994

Erstmalige Erwähnung der »Anti-Antifa Ostthüringen« im Bericht des Thüringer »Landesamtes für Verfassungsschutz« (LfV).

Anwerbung des Führungsmitgliedes der »Anti-Antifa Ostthüringen« des »Thüringer Heimatschutzes« (THS) Tino Brandt durch das Thüringer LfV als V-Mann, das ihn bis 2001 führt.

## 1995

Die »Anti-Antifa Ostthüringen« agiert seit 1995 auch unter dem Namen »THS«.

Das LfV Thüringen berichtet von Diskussionen in der Neonazi-Szene über die Bildung terroristischer Gruppen. Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe werden als »Rechtsextremisten« im nachrichtendienstlichen Informationssystem NADIS gespeichert.

## 1996

13. April: Uwe Böhnhardt hängt an einer Autobahnbrücke einen Puppentorso mit Davidstern und Schild (»Jude«) auf, zwei Kabel verbinden die Puppe mit einer Bombenattrappe, er wird im Oktober 1997 dafür zu zwei Jahren und drei Monaten Jugendstrafe verurteilt, die er nie antritt.

Herbst: Aggressiver Auftritt unter anderem von den THS-Aktivisten Böhnhardt, Mundlos, André Kapke und Ralf Wohlleben bei einem Prozess gegen den Rechtsterroristen Manfred Roeder in Erfurt.

6. Oktober: Am Ernst-Abbe-Sportfeld in Jena wird eine weitere Bombenattrappe gefunden.

30. Dezember 1996 – 2. Januar 1997: Bei der Stadtverwaltung, der Polizei und der »Thüringischen Landeszeitung« in Jena gehen Briefbomben-Attrappen mit Hakenkreuzen ein. Gegen mehrere Mitglieder des THS wird ermittelt.

## 1997

17. Juni: Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen der Briefbomben-Attrappen.

2. September: Vor dem Theaterhaus in Jena wird in einem mit einem Hakenkreuz bemalten Koffer eine Bombe mit 10 Gramm TNT ohne Zünder gefunden.

11. Oktober: Aushebung eines Waffenlagers in einer Gaststätte in Heilsberg, dem Treffpunkt des THS.

18. November: Die Polizei findet in Stadtroda eine Bombe an einem Haus, in dem portugiesische Arbeiter wohnen.

24. November: Das LfV Thüringen beginnt eine Observierung Böhnhardts bis zum 1. Dezember.

26. Dezember: An der Gedenkstätte für den antifaschistischen Widerstand auf dem Nordfriedhof in Jena wird eine Bombenattrappe in einem Koffer mit Hakenkreuz gefunden.

## 1998

Das Hamburger LfV bezeichnet in seinem Jahresbericht für

1997 die drei Flüchtigen als »Angehörige des militanten Kameradschaftsnetzwerks ›Thüringer Heimatschutz‹«.

26. Januar: Hausdurchsuchungen bei Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Es werden unter anderem vier funktionsfähige Rohrbomben, 1,4 kg TNT und Propagandamaterial in einer von Zschäpe gemieteten Garage gefunden. Böhnhardt entfernt sich ungehindert vom Ort der Durchsuchung, anschließend tauchen die drei unter.

28. Januar: Internationaler Haftbefehl für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ausgestellt und Zielfahndung angeordnet.

September: Das LfV Brandenburg meldet an die LfV in Sachsen und Thüringen, ein Neonazi beschaffe Waffen für Böhnhardt und Zschäpe.

September: Zielfahnder des LKA Thüringen sollen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe in Chemnitz ausfindig gemacht haben, ein geplanter Zugriff durch die Polizei ist laut MDR wieder abgesagt worden.

Nach Auskunft des LfV Thüringen sollten dem Trio 1998 oder 1999 über einen V-Mann und eine dritte Person 2.000,- DM zur Beschaffung falscher Ausweise zugeleitet werden. Das Vorhaben scheitert, weil die Person das Geld unterschlug. Ein Mann aus Chemnitz soll den Untergetauchten Unterkunft und Papiere überlassen haben, damit sei in Chemnitz ein Reisepass für Mundlos ausgestellt worden.

In einem Interview mit dem Neonazi-Blatt »Blood & Honour« (Nr. 8/1998) bekunden die Mitglieder der Band »Eichenlaub« Solidarität mit Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos. Man stehe »zu dem, was unsere 3 Kameraden da getan haben. Wir, die sie wohl mit am besten kannten, können uns mittlerweile ganz gut vorstellen, warum sie diesen sehr zweifelhaften Weg gegangen sind«. Ein Bandmitglied soll im THS aktiv gewesen sein. Später veröffentlicht die Band das Lied »5. Februar«, das für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe sein soll.

## 1999

März: Das LfV Thüringen bietet dem Anwalt von Böhnhardt einen Deal zur Verringerung der voraussichtlichen Strafe an, der zuständige Oberstaatsanwalt in Gera lehnt das ab. Im selben Monat soll

der Anwalt Hans-Günter E. mit einer Vollmacht von Zschäpe bei der Staatsanwaltschaft Gera Akteneinsicht verlangt haben.

Frühjahr: Der Generalbundesanwalt schließt sich der Einschätzung der Staatsanwaltschaft Gera an, bei der Gruppe von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe handele es sich nur um »ein loses Geflecht von Einzeltätern«, eine terroristische Vereinigung sei nicht zu erkennen und somit die Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt nicht möglich.

August: Das LfV Thüringen bittet das LfV Niedersachsen, Holger G. zu observieren, da der Verdacht bestand, er könnte ein Quartier für die Untergetauchten organisieren.

September: Der THS organisiert in Jena eine Veranstaltung mit dem in Südafrika lebenden Rassisten und Publizisten Claus Nordbruch zur Arbeit des Verfassungsschutzes.

6. und 27. Oktober: Erste Banküberfälle in Chemnitz.

## 2000

15. Mai: Bei einer Observation in Chemnitz wird ein Foto von Böhnhardt gemacht, die Identifizierung dauert mehrere Wochen.

Juni: Enttarnung des Neonazis Thomas D., der 1996/97 als V-Mann des LfV Thüringen tätig war und Suspendierung des verantwortlichen Präsidenten des Amtes Helmut Roewer.

10. August: Anschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach, Verurteilung von Patrick W. (THS und »Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringens«) am 29. Mai 2002 zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und neun Monaten wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion.

9. September: Mord am Blumenhändler Enver Simsek in Nürnberg mit der Ceská 83, die auch bei den weiteren NSU-Morden an Migranten verwendet wird.

30. September: Beamte des Verfassungsschutzes zeichnen zwei der untergetauchten Neonazis beim Besuch von mutmaßlichen UnterstützerInnen in Chemnitz bei einer automatisierten Videoobservation auf. Ein Zugriff unterbleibt. Sachsens Verfassungsschutzprä-

sident Reinhard Boos weist den Vorwurf zurück, die Festnahme der Neonazis vermasselt zu haben. »Ein Zugriff durch unsere Behörde ist generell nicht möglich, sondern kann nur durch die Polizei erfolgen.«

Oktober: Der THS erklärt, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe seien keine Mitglieder des THS.

30. November: Banküberfall in Chemnitz.

## 2001

Mai: Enttarnung des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden und THS-Kaders Tino Brandt als langjähriger V-Mann des LfV Thüringen. Nach eigenen Angaben hatte er 200.000,- DM für seine Tätigkeit als Spitzel erhalten und für politische Arbeit verwendet. Bereits 2000 war er kurzzeitig vom damaligen Präsidenten des LfV Roewer »abgeschaltet« worden, dessen kommissarischer Nachfolger Peter Nocken setzt Brandt wieder ein und entlässt ihn im Januar 2001.

19. Januar: Explosion eines Sprengsatzes in dem Geschäft einer deutsch-iranischen Familie in Köln. Auf der 2011 gefundenen Bekenner-DVD des NSU wird auf dieses Attentat verwiesen.

26. Februar: Die Thüringer Landesregierung antwortet auf eine Anfrage im Parlament, es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, dass Thüringer Rechtsextremisten an rechtsterroristischen Aktivitäten beteiligt seien. Sie sähe auch keine Ansätze für solch eine Struktur. »Bundeskriminalamt« (BKA) und das »Bundesamt für Verfassungsschutz« würden diese Auffassung teilen.

13. Juni: Ermordung von Abdurrahim Özüdogru in Nürnberg.

27. Juni: Ermordung des Obsthändlers Süleyman Tasköprü in Hamburg.

5. Juli: Banküberfall in Zwickau.

29. August: Ermordung des Obsthändlers Habil Kilic in München.

Zschäpe zieht laut Medienberichten nach Zwickau (2001 bis 2008).

## 2002

25. September: Banküberfall in Zwickau

## 2003

23. Juni: Verfolgungsverjährung wegen der Vorbereitung eines Sprengstoff-Verbrechens 1996/97 tritt ein, die Staatsanwaltschaft Gera teilt am 17. September die Einstellung der Ermittlungen gegen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe mit. Sie seien »wie vom Erdboden verschluckt«. Unmittelbar nach der Ver-

jährung sollen sich die drei über einen Anwalt bei der Justiz gemeldet haben.

23. September: Banküberfall in Chemnitz.

## 2004

25. Februar: Ermordung des Verkäufers Mehmet Turgut in Rostock.

14. und 18. Mai: Banküberfälle in Chemnitz.

9. Juni: Detonation einer Nagelbombe in Köln-Mülheim mit 22 Verletzten.

## 2005

9. Juni: Ermordung von Ismail Yazar in Nürnberg. Nach dieser Tat geht das BKA von der Möglichkeit aus, »dass die Opfer in Verbindung mit türkischen Drogenhändlern aus den Niederlanden standen«.

15. Juni: Ermordung von Theodoros Boulgarides in München.

22. November: Banküberfall in Chemnitz.

## 2006

4. April: Ermordung von Mehmet Kubasik in Dortmund.

6. April: Ermordung des Betreibers eines Internet-Cafés Halit Yozgat in Kassel. Kurz vor oder während des Mordes befand sich ein Mitarbeiter des LfV Hessen im Café. Er hatte den Spitznamen »Klein-Adolf«, bei einer Durchsuchung fanden sich legale Waffen, illegale Munition und NS-Material bei ihm.

5. Oktober: Banküberfall in Zwickau.

7. November: Banküberfall in Stralsund.

## 2007

18. Januar: Banküberfall in Stralsund.

20. April: Auf eine Anfrage im Parlament antwortet die Bundesregierung, das BKA und die eingesetzte »Sonderkommission Bosphorus« ermittelten bisher erfolglos wegen der Morde seit 2000 an acht türkischen und einem griechischen Gewerbetreibenden. Man gehe von einem Täter aus, da dieselbe Waffe verwandt worden sei.

25. April: Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn.

## 2008

Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe beziehen in Zwickau eine Wohnung.

## 2011

7. September: Banküberfall in Arnstadt.

4. November: Banküberfall in Eisenach. Tod von Mundlos und Böhnhardt

durch Erschießen in ihrem brennenden Wohnmobil.

Wenige Stunden später legt Zschäpe in der Zwickauer Wohnung einen Brand. Die Polizei findet unter anderem 19 Waffen, Bekenner-DVDs und weitere Tatmittel.

8. November: Zschäpe stellt sich in Jena in Begleitung eines Anwaltes der Polizei. Am folgenden Tag wird sie den Ermittlungsrichtern in Zwickau vorgeführt und später in ein Hochsicherheitsgefängnis nach Köln überstellt.

11. November: Der Generalbundesanwalt übernimmt die Ermittlungen wegen des dringenden Verdachts der Bildung der terroristischen Vereinigung »Nationalsozialistischer Untergrund«.

13. November: Festnahme von Holger G. als mutmaßlicher Helfer des NSU-Terrornetztes. Er soll seinen Führerschein und Pass gestellt beziehungsweise mehrere Wohnmobile gemietet haben.

24. November: Festnahme von André E., Betreiber des Online-Versands »Caput Mortuum« in Zwickau. Vorwürfe: Unterstützung des NSU, er soll an der Erstellung des NSU-Bekennervideos im Jahr 2007 beteiligt gewesen sein und soll von 1999 bis 2001 eine Wohnung in Chemnitz für die Untergetauchten angemietet haben.

29. November: Festnahme von Ralf Wohlleben in Jena. Vorwürfe: Beihilfe zu sechs Morden und einem versuchten Mord des NSU, Hilfe für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bei der Flucht, 2000 oder 2001 Sendung einer Waffe mit Munition an die Gruppe und finanzielle Unterstützung.

10. Dezember: Festnahme von Matthias D.. Vorwurf: Anmietung zweier Wohnungen in Zwickau 2001 und 2008 für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, damit habe er die Verbrechen »zumindest billigend in Kauf genommen«.

Dezember: Ermittlungen gegen Mandy S. (Johanngeorgenstadt/Schwarzenberg) und Max-Florian B. (Chemnitz/Dresden) wegen Unterstützung des NSU. In der Zeitung »Die Welt« erklärt S., sie habe den Untergetauchten die Wohnung ihres damaligen Freundes zum Untertauchen zur Verfügung gestellt. Da Zschäpe den Namen S. nutzte, wird ihr vorgehalten, auch Papiere zur Verfügung gestellt zu haben. B. wird vorgeworfen, er habe seine Papiere und Unterkunft gegeben. Mit seinem Ausweis sei von der Einwohnermeldestelle in Chemnitz ein Reisepass mit Foto von Mundlos ausgestellt worden.

Mitte Dezember: Bei der Auswertung der Daten des neonazistischen internen Online-Forum »Hard to Hate« des »Freien Netzes« werden Verbindungen von Thomas G. (Meuselwitz bei Altenburg), Mitorganisator des »Festes der Völker« und ehemaliger THS-Aktivist, zur NSU deutlich. Er benutzte das Passwort »s.-mandy« in nazistischen Internetforen.

30. Dezember: Der Vorsitzende des »Zentralrats der Juden« in Deutschland, Dieter Graumann, wirft den Behörden schweres Versagen vor. Die Ermittlungen seien ein »Desaster«, zwei Monate nach Bekanntwerden der Taten seien die »Ermittler in eine Art Winterschlaf gefallen«.

## 2012

7. Januar: »Spiegel online« meldet G. kooperiere mit den Behörden. Laut seinen Angaben habe er die NSU bis Mai 2011 unterstützt, mit Geld sowie Pass, Führerschein, Krankenkassenskarten und einer ADAC-Karte. Gerlach soll ferner Wohlleben schwer belastet haben.

9. Januar: Der »Wartburgkreis Bote«, für den Patrick Wieschke aus dem NPD-Bundesvorstand verantwortlich ist, bezeichnet die NSU-Mordserie als »inszenierten Terror«. ■

# Eine Chronik des NSU – Fortsetzung

Von Sören Frerks und Ernst Kovahl

## 2011

9. Dezember: Nach Aufforderung durch das Bundeskriminalamt soll die Bundespolizei Handy-Daten des mutmaßlichen NSU-Unterstützers André Eminger gelöscht haben. In Medienberichten wird der Verdacht laut, dass Beweismittel vernichtet worden seien. Nachdem die Löschung im Februar 2012 öffentlich wurde, bestätigte ein Sprecher des »Bundeskriminalamtes« (BKA) den Vorgang und erklärte, die Daten seien nur bei der Bundespolizei gelöscht worden, beim BKA aber weiterhin vorhanden.

12. Dezember: In einem Geheimbericht des »Bundesamtes für Verfassungsschutz«, der mehreren Medien vorliegt, wird von Kontakten des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) zur sächsischen Sektion von »Blood & Honour« berichtet.

## 2012

16. Januar: Laut eines Berichts der »Berliner Zeitung« sollen mindestens fünf V-Leute über den »Thüringer Heimatschutz« (THS) informiert haben. Neben dem Thüringer »Landesamt für Verfassungsschutz«, das außer Tino Brandt noch eine zweite Person geführt habe, seien drei weitere Bundesbehörden aktiv gewesen, auch das »Bundesamt für Verfassungsschutz« und der »Militärische Abschirmdienst«.

20. Januar: Die Schweizer Polizei nimmt einen Mann wegen des Verdachts fest, illegal Waffen weitergegeben zu haben, die später in den Besitz des NSU gelangt seien. Seine Frau komme aus Thüringen. Er wird nach zwei Tagen wieder aus der Untersuchungshaft entlassen; er habe keine Kontakte in Neonazikreise.

25. Januar: Die Polizei durchsucht die Wohnungen von vier mutmaßlichen Unterstützern des NSU in Dresden,

Ludwigsburg und den thüringischen Gemeinden Laasdorf und Wolfersdorf. Es bestehe der Verdacht, die Personen hätten dem NSU zwischen 1998 und 2003 Sprengstoff beziehungsweise Schusswaffen besorgt. Zwei der Personen sollen Inhaber des mittlerweile geschlossenen Neonaziladens »Madley« in Jena gewesen sein. Außerdem wurden ein Video- und Computerspielverleih in Chemnitz sowie eine Wohnung in Ehrenfriedersdorf durchsucht. Dort wurden unter anderem Schreckschusspistolen und Neonazi-Devotionalien gefunden. Die Mitarbeiter des Geschäfts, Pierre J. und Hermann S., sind verdächtig, dem NSU eine Waffe besorgt zu haben. Sie bestreiten die Vorwürfe.

26. Januar: Die »tageszeitung« berichtet, einer der von der Polizei am 25. Januar Durchsuchten sei der ehemalige Anführer der sächsischen Sektion von »Blood & Honour«, Jan W., der den NSU mit Waffen und Geld unterstützt haben soll. Zudem habe Jan W. gute Kontakte in die Schweiz.

30. Januar: »Die Welt« berichtet, dass die Mitglieder des NSU von 1998 bis 2011 ununterbrochen in Wohnungen in Sachsen gewohnt haben sollen.

1. Februar: Ein fünfter mutmaßlicher NSU-Helfer wird in Düsseldorf festgenommen. Der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der thüringischen »Jungen Nationaldemokraten«, Carsten S., soll 2001 oder 2002 eine Schusswaffe und Munition an Ralf Wohlleben weitergegeben haben, der diese per Kurier den Zwickauer Neonazis zukommen ließ. Außerdem habe er 1999 und 2000 als Einziger Telefonkontakt zum NSU gehabt. S. behauptet hingegen, 2000 aus der Neonaziszene ausgestiegen zu sein.

5. Februar: Der »Spiegel« meldet, das BKA habe bis zum jetzigen Zeitpunkt 64 Mietverträge für Wohnmobile und Leihwagen im Zusammenhang mit dem NSU sichergestellt. 17 davon könnten mit den Morden des NSU in Verbindung gebracht werden. Sie seien unter dem Namen Holger G., der Tarnidentität Uwe Bönnhardts, angemietet worden.

7. Februar: In der Schweiz wird eine weitere Person wegen des Verdachts einer Waffenlieferung festgenommen. Dem Mann aus dem Berner Oberland wird vorgeworfen, die Tatwaffe, eine Pistole der tschechischen Marke »Ceska«, weitergegeben zu haben. Er soll nicht zur Neonaziszene gehören.

9. Februar: Der Bundestags-Untersuchungsausschuss zum NSU nimmt seine Arbeit auf. Im Thüringer Landtag beginnt der dortige Untersuchungsausschuss am 16. Februar die Aufarbeitung von Fehlern und möglichen Kontakten von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz zu den drei aus Jena stammenden Neonazis. Der Ausschuss beschließt einstimmig eine Befragung des mutmaßlichen NSU-Mitgliedes Beate Zschäpe. In Sachsen fordert die Opposition ebenfalls einen Untersuchungsausschuss, die Landesregierung aus CDU und FDP lehnt das bisher ab.

18. Februar: Generalbundesanwalt Harald Range kündigt im Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« an, im Herbst 2012 wegen der Mordserie des NSU Anklage zu erheben. Er behauptet, ein neonazistisches »Netzwerk« sei im Zusammenhang mit den Morden nicht zu erkennen, eine organisatorische Verbindung über den engen Kreis des NSU hinaus existiere nicht. Überschneidungen zur NPD seien Einzelfälle.

18. Februar: Semiya Simsek, die Tochter des ersten Mordopfers des NSU, erhebt öffentlich schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitsbehörden. Dem »Tagesspiegel« sagt sie: »Jahrelang hat die Polizei versucht, etwas aus uns herauszubekommen, was nicht da war. Man hat uns vorgeworfen, wir würden schweigen, weil wir Türken sind. Man hat uns auch nicht geglaubt, weil wir Türken sind.« Ihr Vater Enver Simsek war am 9. September 2000 in Nürnberg erschossen worden.

20. Februar: Der Sänger der Neonaziband »Gigi & Die braunen Stadtmusikanten«, Daniel G., wird wegen Volksverhetzung angeklagt. Er soll das Lied »Döner-Killer-Song« geschrieben und veröffentlicht haben. Die Behörden ermitteln, ob es in der Band NSU-Mitwisser gab. Am selben Tag wird bekannt, dass das Bundesinnenministerium die Morde des NSU nun offiziell als »rechtsextremistische« Tat zählt.

23. Februar: Der Anwalt des festgenommenen Carsten S. teilt per Pressemitteilung mit, sein Mandant habe »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« zwischen Herbst 1999 und Sommer 2000 die Mordwaffe, eine »Ceska 83«, für den NSU beschafft. Auch sei er von Herbst 1998 bis Sommer 2000 Kontaktperson für die drei Untergetauchten gewesen. Er habe die Waffe von dem Jenaer Andreas S. gekauft, damals Mitinhaber des rechten Szeneladens »Madley« in Jena. ■

# Eine Chronik des NSU – III

von Sören Frerks und Ernst Kovahl

29. Februar: Der Bundesgerichtshof lehnt eine Haftbeschwerde von Beate Zschäpe wegen Fluchtgefahr ab. Die Richter sehen in ihr ein »vollwertiges Mitglied« des NSU. Zudem habe sie versucht, Beweismittel zu vernichten.

11. März: Der mutmaßliche NSU-Unterstützer André K. könnte einer Verurteilung entgehen. Nach einem Bericht der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« (FAS) würde bei ihm Verjährung eintreten, sollten keine Beweise für eine Unterstützung der Terrorgruppe nach 2001 gefunden werden.

15. März: Gegen den früheren Chef des »Thüringer Heimatschutz« (THS) und Spitzel des »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« (TLfV) Tino Brandt wurden zwischen 1994 und 1997 insgesamt 35 Ermittlungsverfahren geführt, die alle eingestellt wurden. Das geht aus der Antwort des Thüringer Innenministeriums vom 15. März auf eine Anfrage hervor.

20. März: Das Fernsehmagazin »Fakt« berichtet von zwei weiteren mutmaßlichen Unterstützern des NSU, den Brüdern Gunther und Armin F. aus Chemnitz. Sie sollen dem Trio 1998 Unterschlupf geboten und einen gefälschten Reisepass besorgt haben.

25. März: Generalbundesanwalt Harald Range sagt der FAS, dass 13 von ihm bei Amtsantritt im November 2011 überprüfte Fälle seit 1995 in seiner Zuständigkeit »aus heutiger Sicht einen Bezug zum ›NSU‹-Verfahren« aufwiesen. Allerdings hätte er noch im November »in allen Fällen [...] die Auskunft bekommen, ein rechtsterroristischer Zusammenhang sei nicht anzunehmen. Wir konnten also die Verfahren nicht übernehmen.«

28. März: Die Polizei durchsucht unter anderem das Wohnhaus von Brandt in Rudolstadt und die Wohnung des früheren Thüringer NPD-Funktionärs und V-Mannes des TLfV Thomas D. in Leipzig-Gohlis. Es wird wegen gewerbsmäßigen Bandenbetrugs gegen 13 Beschuldigte, mehrere mit Bezug zu »rechter Klientel«, ermittelt. Auch Waffen wurden beschlagnahmt. Was mit dem Geld des Versicherungsbetrugs geschah, ist unbekannt.

28. März: Das »Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum« macht auf ein öffentliches Bekenntnis zur rechten Terrorzelle NSU aus dem Jahr 2002 aufmerksam. Damals war im Fanzine »Der Weisse Wolf« die Parole »Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter...« zu lesen.

30. März: Die Eltern des NSU-Mitglieds Uwe Bönnhardt standen nach dem Abtauchen des Trios jahrelang in Kontakt zu der Gruppe. Der »Focus« berichtet, sie hätten von 1998 bis 2002 enge Verbindungen zu den Untergetauchten gehalten. Neben Telefonaten gab es Treffen, zumeist in einem Park in Chemnitz. Am 19. April strahlt die ARD ein ausführliches Interview mit den Eltern aus, in dem sie das bestätigen.

31. März: Vor dem Verwaltungsgericht Weimar wollte Helmut Roewer, der frühere Präsident des TLfV, mit einer Klage erzwingen, dass der sogenannte »Gasser-Bericht« über die katastrophalen Zustände in seinem Amt nicht von den Untersuchungsausschüssen eingesehen werden darf. Es wird eine Einigung zwischen Thüringer Innenministerium und Roewer angestrebt.

3. April: Sieben Städte erklären, mit Mahnmalen an die Mordopfer des NSU erinnern zu wollen.

5. April: Die Thüringer Landesregierung hatte mehr Kenntnisse über Schießübungen von Neonazis in den 1990er Jahren als bisher bekannt. Auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz in Milbitz / Teichel schossen im September 1995 Neonazis mit scharfer Munition. 1995 und 1996 seien zudem laut Presseberichten Ermittlungen gegen Neonazis aus dem Umfeld des THS-Chefs Brandt wegen Schießübungen geführt worden, unter anderem auf einem Gartengrundstück in Kahla, das bis heute im Besitz des Neonazi-Verlegers Peter D. ist und von Brandt gepachtet wurde. Auch an einem Stausee nahe Möckern im Saale-Holzland-Kreis sei damals von Neonazis geschossen worden.

17. April: Der NSU-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag kommt erstmals zusammen.

23. April: In einer Anhörung des Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags zum NSU attestieren fast alle geladenen WissenschaftlerInnen, ExpertInnen und AntifaschistInnen den Thüringer Behörden und der Landesregierung Versagen beim Kampf gegen Rechts in den 1990er Jahren. Die Thüringer Neonazis seien hoch aktiv, militant und gut organisiert gewesen. Warnungen hätten die Behörden oft ignoriert. Die CDU hatte als Experten die Verfechter der Extremismus-Theorie Rudolf van Hüllen, früher Referatsleiter beim »Bundesamt für Verfassungsschutz«, und Eckhard Jesse, Professor an der Technischen Universität Chemnitz, geladen. Jesse sagte seine Teilnahme ab.

26. April: Bayerische Ermittler sagen vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuss aus. Man habe wegen der Mordserie damals rund 112.000 Personen überprüft, 16 Millionen Funkzellen-, 13 Millionen Kreditkarten- und 60.000 Verkehrsdaten, 27.000 Hotelbuchungen, 90.000 Haftzeitdaten sowie eine Million Mietwagenrechnungen geprüft. Auch der Verbleib hunderter Waffen sei geprüft worden. Das FBI vermutete 2007 einen rassistischen Hintergrund der Morde. Auch deutsche ErmittlerInnen gingen rassistischen Motiven nach und stellten Fahrräder als Tatmerkmale fest. Auch die Verknüpfung der Morde mit dem Bombenanschlag 2001 in Köln sei in Betracht gezogen worden. Dennoch war es angeblich nicht möglich, die TäterInnen zu finden.

26. April: Das BKA durchsucht Wohnungen und Garagen in Hessen, Sachsen und Thüringen. Unter anderem soll damit die Herkunft der Waffen des NSU geklärt werden. Es gebe aber bisher keine Anhaltspunkte dafür, dass die beiden Personen aus Hessen und Thüringen den NSU wissentlich unterstützt hätten. Eine Frau aus Sachsen, bei der die Polizei durchsuchte, wird dagegen verdächtigt, mögliche Unterstützerin des NSU zu sein.

# Eine Chronik des NSU – IV

von Sören Frerks und Ernst Kovahl

3. Mai 2012: Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt (BKA) durchsuchen Räume des NPD-Abgeordneten des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, David Petereit. Er war Herausgeber des Neonazi-Fanzines »Der Weiße Wolf«. In der 18. Ausgabe war 2002 ein möglicher Hinweis auf den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erschienen. Nach eigenen Angaben hat Petereit erst später das Fanzine verantwortet. Bei der Razzia findet sich ein Exemplar eines 2002 vom NSU verfassten Briefs.

3. Mai: Der Präsident des »Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz« (TLfV) Thomas Sippel räumt Fehler ein. Damit reagiert er laut MDR auf die für den 8. Mai angekündigte Veröffentlichung des Buches »Made in Thüringen? Naziterror und Verfassungsschutzskandal«.

5. Mai: Die »Süddeutsche Zeitung« zitiert aus Unterlagen der Sonderkommission »Bosporus«, zwischen BKA und den Landeskriminalämtern hätte es Kontroversen wegen der NSU-Ermittlungen gegeben. So sei die »Rechtsextremismus-These« nur »halbherzig geprüft« worden.

8. Mai: Laut »Cicero« finden sich an einer der in Eisenach gefundenen NSU-Waffen DNA-Spuren einer vierten Person.

10. Mai: Der frühere leitende bayerische Oberstaatsanwalt Walter Kimmel erklärt im NSU-UA des Bundestages, die Polizei habe in Nürnberg einen Döner-Imbiss betrieben, um die in der organisierten Kriminalität vermuteten Täter der Morde aufzuspüren. Nur vier von 160 BeamtInnen waren mit der Untersuchung eines rechten Motivs befasst.

11. Mai: Der Präsident des BKA Jörg Ziercke bedauert in einem Brief an den »Zentralrat Deutscher Sinti und Roma«, dass eine »Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht« gestellt wurde.

15. Mai: Die Thüringer »Schäfer-Kommission« legt ihren Bericht vor. Sie recherchierte Gründe für die 1998 gescheiterte Festnahme der späteren NSU-Mitglieder. Ergebnis: Die Behörden hätten Fehler begangen. Der Neonazi und Spitzel Tino Brandt erklärt, er sei vom TLfV mehrfach vor Razzien gewarnt worden. Informationen mit Hinweisen zu den Abgetauchten seien im TLfV nicht ausgewertet worden.

15. Mai: Laut »taz« zählte das Thüringer LKA Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe 1998 »zum harten Kern der Blood & Honour-Bewegung«.

21. Mai: Der »Focus« berichtet von Fehlern bei den Ermittlungen zum Heilbronner Mord: Das Wohnmobilkennzeichen und DNA-Spuren seien nicht bearbeitet worden.

21. Mai: Der Thüringer NSU-UA befragt ehemalige Minister sowie Leiter von LKA und TLfV. Sie berichten von Kontroversen in den Behörden und personellen Defiziten. Ex-Justizminister Hans-Joachim Jentsch (CDU) verweigert die Aussage.

24. Mai: Bayerns früherer Innenminister und Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) streitet im NSU-UA des Bundestags Versäumnisse der Bayerischen Polizei ab. 2000 hatte er ein rassistisches Motiv für den Mord in Nürnberg vermutet.

25. Mai: Der Haftbefehl gegen Holger G. wird aufgehoben. Es gebe keinen dringenden Tatverdacht, eine Unterstützung des NSU werde aber angenommen.

29. Mai: Carsten S. und Matthias D. kommen frei. S. habe umfassend ausgesagt. Beiden wird weiter vorgeworfen, den NSU unterstützt zu haben.

29. Mai: Der »Berliner Kurier« schreibt, Zschäpe sei am 4. November 2011, nachdem sich Böhnhardt und Mundlos in Eisenach erschossen hatten und sie ihre Wohnung in Zwickau in Brand gesetzt hatte, mehrfach von einer Telefonnummer angerufen worden, die auf das Sächsische Innenministerium registriert ist.

30. Mai: Ein Zielfahnder des Thüringer LKA wird versetzt. Polizeigewerkschaft und Opposition kritisieren dies als »Bauernopfer«.

31. Mai: Das BKA glaubt, Zschäpe habe das NSU-Bekennervideo mit erstellt und sei maßgeblich an der Organisation des Trios beteiligt gewesen.

2. Juni: Das »Bündnis gegen das Schweigen« diskutiert auf einer Anhörung in Berlin Konsequenzen aus der rassistischen Mordserie.

5. Juni: Der MDR veröffentlicht Auszüge aus dem »Gasser-Bericht«. Demnach habe sich das TLfV unter Helmut Roewer der Kontrolle durch das Innenministerium entzogen. Roewer habe nur dem damaligen Innenminister Richard Dewes (SPD) berichtet. Auch Roewers Personalpolitik, seine Tarnfirma und Informanten werden kritisiert.

11. Juni: Im Thüringer NSU-UA zeigt sich, dass das TLfV in der Region Jena einen weiteren V-Mann führte. Günther H., Leiter der ehemaligen »Soko Rex«, bestätigt die Gefährlichkeit der damaligen Neonazis. Von Ungereimtheiten bei der Kooperation zwischen LKA und Geheimdiensten spricht der frühere Saalfelder »Staatsschützer« Klaus-Dieter I..

Juni: Die »Berliner Zeitung« berichtet von der »Operation Rennsteig«, einer gemeinsamen Aktion des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV), des TLfV und des »Militärischen Abschirmdiensts« zwischen 1997 und 2003. Ziel war der »Thüringer Heimatschutz«, zu dem auch die späteren NSU-Mitglieder gehörten. Zeitweise führten die Dienste mindestens zehn V-Leute in der Struktur. Relevante Akten wurden 2011 vom BfV vernichtet. Weder die UA noch die »Schäfer-Kommission« wurden offenbar über diese Aktion informiert.

28. Juni: Es wird bekannt, dass das BfV im November 2011 Akten zur »Operation Rennsteig« vernichtet hat.

2. Juli: Der »Spiegel« berichtet, dass im BfV Computerdaten manipuliert wurden. Nicht alle V-Leute seien erfasst worden.

2. Juli: Heinz Fromm, Chef des BfV, erklärt seinen Rücktritt.

3. Juli: Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) entlässt den Präsidenten des TLfV Thomas Sippel. Er habe das Vertrauen des Parlaments verloren.

# Eine Chronik des NSU – V

von Ernst Kovahl

4. Juli 2012: Das »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« (TLfV) verfügt laut Presseberichten über mehr Akten zu der geheimdienstlichen »Operation Rennsteig« gegen den neonazistischen »Thüringer Heimat-schutz« (THS) als bisher bekannt, darunter Dokumente des »Militäri-schen Abschirmdienstes«.

4. Juli: VertreterInnen des Untersuchungsausschusses (UA) des Bun-destages zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erklären, die Mitglieder der Gruppe seien keine V-Leute des »Bundesamtes für Verfas-sungsschutz« (BfV) gewesen. Sie konnten Unterlagen des Amtes mit den Klarnamen von V-Leuten einsehen. Im Thüringer UA erklären BeamtIn-nen des Landeskriminalamtes (LKA), sie seien bei Ermittlungen gegen Neonazis durch das TLfV behindert worden.

5. Juli: Hinterbliebene von Opfern des NSU haben wegen der Vernich-tung von Akten im BfV Anzeige gegen GeheimdienstmitarbeiterInnen ein-gereicht.

6. Juli: Der frühere Leiter der Abteilung »Rechtsextremismus« des BfV sagt vor dem NSU-UA des Bundestages, das TLfV habe bei der Suche nach den abgetauchten späteren NSU-Mitgliedern Unterstützung abgelehnt.

9. Juli: Der frühere Chef des TLfV Helmut Roewer weist vor dem Thürin-ger NSU-UA Kritik an seiner Arbeit zurück. Bei seinem Amtsantritt seien die Mitarbeiter des TLfV nicht qualifiziert gewesen. 2000 habe er dem Innenministerium den Entwurf einer Verbotsverfügung gegen den THS geschickt. Laut Ministerium fehlten jedoch die Voraussetzungen für ein Verbot. Ein anderer Zeuge aus dem TLfV sagt, es habe keine effektive Aufsicht durch das Innenministerium gegeben.

10. Juli: Der Präsident des »Sächsischen Landesamt für Verfassungs-schutz« (SLfV) Reinhard Boos tritt zurück. Sein Amt hatte Akten zum NSU zurückgehalten, zudem waren nach dem Auffliegen der Terror-Gruppe Unterlagen vernichtet worden.

13. Juli: Der ehemalige Bundesrichter Gerhard Schäfer beginnt im Auf-trag der Thüringer Landesregierung mit einer Prüfung des TLfV. Er soll Reformvorschläge für den Dienst erarbeiten. Es wird bekannt, dass das SLfV 1998 und 1999 den »Blood & Honour«-Aktivisten Jan W., der zeit-weise während ihres Lebens im Untergrund mit dem NSU-Mitglied Beate Zschäpe liiert war, observierte.

15. Juli: Erst Monate nach dem Auffliegen des NSU werden in den Ar-chiven der Thüringer Kriminalpolizei tausende Dokumente zum THS und dem Umfeld des Terror-Trios gefunden. Die Akten standen vorher den UA, dem Bundeskriminalamt und der Thüringer »Schäfer-Kommission« nicht zur Verfügung.

17. Juli: Der Thüringer NSU-UA sichtet die V-Mann-Akten und Klarna-men-Datei des TLfV. Auch der ehemalige Vize-Chef des Amtes Peter Nocken wird vernommen. Es wird bekannt, dass sich der frühere Innen-staatssekretär Michael Lippert offenbar vor seiner Vernehmung im UA Informationen aus dem Innenministerium über frühere Polizeiaktionen und MitarbeiterInnen besorgte.

19. Juli: Nachdem die Vernichtung von Akten im BfV bekannt geworden ist, fordern die Mitglieder des NSU-UA des Bundestages die Behörden

auf, das Akten-Schreddern einzustellen. Der Vorsitzende des UA Sebasti-an Edathy (SPD) sagt, es sei »nachdrücklich klar geworden, dass es eine Vertuschungsaktion gegeben hat«.

27. Juli: Im Thüringer Innenministerium tauchen bisher unbekannte Akten einer vom Ministerium 2000 eingerichteten »Sonderkommission Rechte Gewalt« auf, die gegen den THS ermittelte.

30. Juli: Zwei Polizisten aus dem Umfeld der 2007 vom NSU in Heilbronn ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter waren Mitglied im »Ku-Klux-Klan« (KKK). Einen Zusammenhang mit dem Mord sehen die Behörden nicht. Auch ein Thüringer war Mitglied der Gruppe.

10. August: Hunderte Akten der Thüringer Kriminalpolizei über das Um-feld des THS und des NSU werden vom Thüringer Innenminister Jörg Geibert (CDU) der Presse präsentiert.

13. August: Laut »Der Spiegel« wurden an einer Hose aus der Wohnung des NSU in Zwickau DNA-Spuren der ermordeten Polizistin Michèle Kie-sewetter und auf Taschentüchern in der Hose Spuren von dem NSU-Mitglied Uwe Mundlos gefunden.

15. August: Die Bundesanwaltschaft beantragt, das NSU-Mitglied Beate Zschäpe auch wegen der Beteiligung an zehn Morden, 14 Banküberfäl-len und einem versuchten Mord im Zusammenhang mit Brandstiftung anzuklagen und weiterhin in Untersuchungshaft zu behalten.

16. August: Laut der »tageszeitung« (taz) war der Neonazi Thomas R. aus Sachsen-Anhalt, dessen Name auf einer bei einer Razzia in Jena 1998 gefundenen Adressliste von Mundlos stand, Mitglied des KKK.

20. August: Der Neonazi Thomas S. hat laut »Der Spiegel« gestanden, Ende der 1990er Jahre den Mitgliedern des späteren NSU Sprengstoff übergeben zu haben.

27. August: Laut alten Akten des TLfV und des BfV soll ein Polizist Ende der 1990er Jahre Mitglieder des THS vor Polizeiaktionen gewarnt haben. Trotzdem übernahm ihn das TLfV, wo er als V-Mann-Führer arbeitete. Der Beamte bestreitet die Vorwürfe. Auch ein zweiter Polizist soll privat Kontakte in die Szene gepflegt haben. Weder die Polizei noch das Minis-terium wurden über die seit 13 Jahren bekannten Vorwürfe informiert.

27. August: Eine Quelle des TLfV soll 2001 informiert haben, dass die drei abgetauchten Neonazis Uwe Bönnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe in Chemnitz seien, schreibt »Der Spiegel«.

28. August: Auf der Innenminister-Konferenz wird die Umstrukturierung der Inlandsgeheimdienste diskutiert. Die Vorschläge zielen auf zusätz-liche Kompetenzen für die Ämter und eine Zentralisierung der Arbeit. Davor warnt der Bundesbeauftragte für Datenschutz.

1. September: Der Politologe Horst Meier und der Direktor des Kultur-wissenschaftlichen Instituts Essen Claus Leggewie fordern in der taz als Konsequenz aus dem NSU die Auflösung des Inlandsgeheimdienstes.

4. September: Bis zu 40 Spitzel seien laut Hochrechnungen der UA im THS gewesen, berichtet die »Thüringer Allgemeine«.

# Eine Chronik des NSU – VI

von Ernst Kovahl

**11. September 2012:** Thüringens früherer Innenminister Richard Dewes (SPD) sagt im NSU-UA des Thüringer Landtages aus: »Wir sind [...] nicht davon ausgegangen, dass rechter Terrorismus real droht.« Es wird bekannt, dass der »Militärische Abschilderdienst« (MAD) 1995 Uwe Mundlos als Spitzel anwerben wollte. 2002 hatte der Dienst gegenüber dem Thüringer Landeskriminalamt (LKA) behauptet, keine Erkenntnis zu haben.

**13. September:** Der Chef des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt Volker Limburg tritt zurück. In dem Amt war eine angeblich verschwundene Kopie einer MAD-Akte aufgetaucht, in der es um Mundlos geht, der während des Wehrdienstes durch neonazistische Aktivitäten auffiel. Der Untersuchungsausschuss (UA) des Bundestages stellt Fehler bei der Aufklärung des NSU-Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 fest. Der Bundesgerichtshof teilt mit, dass Beate Zschäpe in Untersuchungshaft bleibe, da mit einer Anklage innerhalb von drei Monaten zu rechnen sei.

**13. September:** Der zeitweilige Partner von Zschäpe und das »Blood & Honour«-Mitglied Thomas S. aus Sachsen wurde vom LKA Berlin im Umfeld der NSU-Mitglieder als Spitzel geführt. Er gilt als einer der NSU-Beschuldigten, da er in den 1990er Jahren 1,1 Kilo Sprengstoff besorgte und bei der Flucht half. Die Unterstützung gesteht er im Interview mit der »Welt am Sonntag« (23.09.2012). Er lieferte dem LKA mehrfach Hinweise auf den Aufenthaltsort der Abgetauchten, sie wurden nicht verfolgt. Auch die UA wurden nicht informiert.

**17. September:** Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kritisiert die NSU-Aufklärung, sie laufe »an etlichen Stellen nicht so, wie wir es für richtig halten«. Eine Kommission solle Reformvorschläge für die Sicherheitsarchitektur entwickeln.

**18. September:** Der Neonazi Thomas R. (»Corelli«) aus Sachsen-Anhalt war V-Mann des BfV. Er hatte Kontakt zu den späteren NSU-Mitgliedern und gewährte ihnen auf der Flucht Unterkunft. Sein

Name stand auf einer Telefonliste, die 1998 bei Mundlos beschlagnahmt wurde. Thomas R. betrieb Neonazi-Websites, war Herausgeber der Zeitung »Nationaler Beobachter« und bei B&H aktiv.

**19. September:** Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) startet die zentrale »Rechtsextremisten-Datei«, auf die 36 Sicherheitsbehörden zugreifen.

**22. September:** Der MDR veröffentlicht Fotos von einer Kreuzverbrennung im Stil des »Ku-Klux-Klans« (KKK), die 1996 bei Jena stattfand. Mit dabei unter anderen Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe und Ralf Wohlleben.

**24. September:** In Dortmund wird in der Malinckrodtstraße ein Gedenkstein für den am 4. April 2006 vom NSU ermordeten Mehmet Kubasik eingeweiht.

**26. September:** Ein Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft sagt, er könne sich aus dem NPD-Verbotsverfahren an einen V-Mann erinnern, der unter den NSU-Beschuldigten sei.

**27. September:** Der UA des Bundestages kritisiert die Ermittlungen gegen die Mörder der Polizistin Michèle Kiesewetter. Eine Spur zur Tatwaffe sei nicht verfolgt worden, stattdessen hätte sich die Polizei auf türkische Wafenkäufer konzentriert.

Berlins Innensenator Dirk Henkel (CDU) hat Oberstaatsanwalt Dirk Feuerberg als Sonderermittler eingesetzt, um zu klären, ob die Berliner Behörden mit den Informationen ihres Spitzels Thomas S. die NSU-Mitglieder hätten finden können.

**28. September:** Thüringen hat dem UA des Bundestags 778 Ordner mit ungeschwärzten Akten des »Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz« (TLfV) geschickt. Das Land will weitere Akten liefern. Um die Übergabe der Akten zu verhindern, hätten mehrere Bundesländer versucht, die LKWs zu stoppen.

**2. Oktober:** In der »taz« berichten zwei Männer, wie sie am 31. Dezember 1996 am Bahnhof Erfurt von Neonazis beschossen wurden, es sollen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gewesen sein.

**4. Oktober:** Der ehemalige Chef des TLfV Helmut Roewer stellt sein Buch »Nur für den Dienstgebrauch. Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands« vor, das im rechten »Ares Verlag« erscheint.

**9. Oktober:** Medien berichten, der mutmaßliche NSU-Unterstützer Wohlleben sei aus dem Thüringer Gefängnis Gräfentonna nach München verlegt worden.

**11. Oktober:** In der »tageszeitung« bestätigt Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU), der Transport von ungeschwärzten Akten für den UA des Bundestages sollte verhindert werden. Medien berichten, der Minister habe sich gesorgt, dass »interessante Bestandteile« »verschwinden« könnten, wenn MitarbeiterInnen des TLfV die Akten bearbeiten, daher hätten PolizistInnen die Unterlagen kopiert. Das BKA rechnet 100 Personen dem »engeren und weiteren Umfeld« des NSU zu.

**13. Oktober:** Bis 2010 fahndete der Sächsische Geheimdienst unter anderem mit Abhörmaßnahmen nach den Mitgliedern des NSU, somit länger als bisher bekannt.

**15. Oktober:** Daniel »Gigi« G. wird vor dem Amtsgericht Meppen aufgrund seines Songs »Döner Killer« (s. drr Nr. 134) wegen Volksverhetzung und Billigung von Straftaten zu sieben Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 600,- Euro verurteilt. Seine Anwältin kündigte an, Rechtsmittel einzulegen.

**16. Oktober:** Der ehemals führende Neonazi Kai D. wird als V-Mann Bayerns geoutet. Der Spitzel findet sich auch auf der 1998 beschlagnahmten Adressliste von Mundlos. D. unterhielt enge Kontakte zur »Anti-Antifa-Ostthüringen« und war am Aufbau von Neonazi-Strukturen in Thüringen beteiligt. Er nahm an Treffen mit den späteren NSU-Mitgliedern teil.

**17. Oktober:** Das BfV hat laut Bundesinnenministerium nach dem Auffliegen des NSU 310 Akten geschreddert. Ein Teil der Akten enthielt Informationen zum Umfeld des NSU.

**18. Oktober:** Ein V-Mann des Geheimdienstes von Baden-Württemberg hat laut »Tagesspiegel« den KKK aufgebaut. In der Gruppe waren auch zwei Kollegen der vom NSU ermordeten Polizistin Kiesewetter. Ein Beamter des Geheimdienstes steht im Verdacht, den Chef des KKK vor Überwachung gewarnt zu haben.

**20. Oktober:** Das BKA sucht 110 abgetauchte Neonazis.

# Eine Chronik des NSU – VII (November 2012 bis 6. Mai 2013)

von Annelies Senf und Christian Schaft

3. November 2012: Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, fordert ein zentrales Register für V-Leute der Geheimdienste.

4. November: Ein erst jetzt öffentlich gewordenen Papier des Bundeskriminalamtes (BKA) von 1997 vermerkt, dass der Verfassungsschutz wichtige Neonazi-Funktionäre, die als V-Leute tätig waren, in den 1990er Jahren offenbar systematisch vor Strafverfolgung geschützt und sie durch Geld erst handlungsfähig gemacht habe. Neun Personen werden namentlich genannt, berichtete »Der Spiegel«.

7. November: Die Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen Beate Zschäpe und vier weitere Verdächtige. Sie wird wegen der Gründung einer terroristischen Vereinigung und Mittäterschaft bei den Morden und Überfällen des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) angeklagt. Weitere Beschuldigte sind Ralf Wohlleben, Carsten S., André E. und Holger G.. Zugelassen wurde die Anklage am 31. Januar 2013.

14. November: Vor dem NSU-Untersuchungsausschuss (UA) im Bayerischen Landtag bestätigt der frühere Präsident des Bayerischen Verfassungsschutzes, Gerhard Forster, Kontakte bayerischer Neonazis in den 1990er Jahren nach Thüringen. Am 25. Oktober berichtete das Magazin »Kontrovers« des »Bayerischen Rundfunks«, dass in einer Telefonliste des NSU-Mitglieds Uwe Böhnhardt von 1998 auch die Nummer der »Tiroler Höhe«, eines früheren Neonazitreffpunkts in Nürnberg, stand.

14. November: Nach Bekanntwerden weiterer Aktenvernichtungen beim Berliner Verfassungsschutz zum Neonazi-Netzwerk »Blood & Honour« tritt die Amtschefin Claudia Schmid zurück.

17. Dezember: Die »Freie Presse« berichtet, dass Chemnitzer HelferInnen des NSU Kontakte nach Baden-Württemberg hatten. Das gehe aus einer Liste der Behörden mit 100 Personen hervor und sei von dem Zeugen Thomas S. bestätigt worden. Auf der Liste stehen neben den Angeklagten und Beschuldigten im Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen den NSU weitere 86 Personen, die mit dem NSU oder seinen HelferInnen Kontakt gehabt haben sollen.

12. Januar 2013: Die »Freie Presse« berichtet, dass sich Personen des Chemnitzer NSU-UnterstützerInnenrings noch heute in der Szene bewegen. Der 31-jährige Eric F., der seit 2000 mit mindestens vier NSU-UnterstützerInnen Kontakt hatte, zähle zu den Köpfen der »Nationalen Sozialisten Chemnitz«. Seine Telefonkontakte mit dem inhaftierten Wohlleben sind über Abhörprotokolle dokumentiert. 2011 fanden Beamte in den Papieren des NSU auch den Ausweis von F., der das Dokument zuvor als verloren gemeldet hatte. Auch die Papiere von Ralph H. seien in der Wohnung des NSU gefunden worden, dieser gehöre zum »Freien Netz«.

16. Januar: Es wird bekannt, dass das BKA 1998 an der Suche nach Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt beteiligt gewesen sein soll. Bekannt war eine Liste mit Adressen und Telefonnummern möglicher Aufenthaltsorte und Kontakte in Thüringen, Sachsen und Süddeutschland. Dennoch habe das BKA die Spuren nicht verfolgt. Die Liste mit 35 Kontakten wurde bei der Razzia 1998 in der Jenaer Garage des späteren NSU gefunden.

17. Januar: Die Zeugenbefragung im NSU-UA Thüringen deckt auf, dass der Thüringer Geheimdienst offenbar 1997 überlegt hatte, Zschäpe an-

zuwerben. Der Plan wurde nicht umgesetzt, weil sie Drogen genommen haben soll.

21. Januar: Sachsens Vizepräsident des Verfassungsschutzes, Olaf Vahrenhold, sagte vor dem sächsischen NSU-UA, dass der Schutz von Quellen (V-Leute) über der Verfolgung und Verhinderung von Straftaten stehe. Er wurde dazu befragt, warum Informationen zu dem V-Mann »Piato« (Carsten S.) nicht an die Polizei in Brandenburg übermittelt wurden. »Piato« berichtete dem Brandenburger Geheimdienst 1998, dass die späteren NSU-Mitglieder Jan W. aus Sachsen beauftragt hatten, eine Schusswaffe zu besorgen. Der V-Mann meldete, dass W. persönlichen Kontakt zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gehabt habe.

28. Januar: Gegen den mutmaßlichen Unterstützer des NSU André K. wird ein Verfahren eingeleitet. Die Behörden prüfen, ob der Jenaer Neonazi Böhnhardt und Mundlos zu dem Banküberfall am 4. November 2011 in Eisenach begleitet hat. Nach dem Tod der beiden soll er Zschäpe darüber telefonisch informiert haben. Laut Ermittlungsakten loggte sich die auf K. registrierte Handy-Nummer zwischen 13.54 Uhr und 14.06 Uhr in einer Mobilfunkzelle ein, in deren Bereich das Wohnmobil von Böhnhardt und Mundlos stand. Mit dem Handy soll K. zudem eine Internetverbindung zu Zschäpe hergestellt haben.

28. Januar: »Der Spiegel« berichtet, dass der Geheimdienst einen weiteren V-Mann im Umfeld des NSU führte. Der ehemalige Neonazi Ralf M. aus Zwickau, der heute in der Schweiz lebt, war zwischen 1992 und 2002 V-Mann (»Primus«) für den Dienst. Ein Zeuge habe ihn Ende der 1990er Jahre bei einem Fußballturnier im thüringischen Greiz mit Böhnhardt und Mundlos gesehen. Zschäpe soll in seinem Laden gearbeitet haben. In einer Vernehmung bestritt »Primus«, die Drei persönlich gekannt zu haben.

7. Februar: Laut »taz« war der ehemalige Chef eines deutschen Ablegers des »Ku-Klux-Klan«, Achim S., mehrere Jahre V-Mann des baden-württembergischen Geheimdienstes. Das BfV hatte mit Thomas R. (»Corelli«) in der Gruppe zudem einen eigenen V-Mann. Für mögliche Verbindungen zum Umfeld des NSU und zu einem Opfer interessiert sich auch der NSU-UA des Bundestages.

11. Februar: Vor dem NSU-UA des Bundestages mussten Berliner LKA-Beamte Auskunft über weitere V-Männer erteilen. Anlass sind Hinweise auf einen zweiten V-Mann, der in Unterlagen des Berliner LKA gemeinsam mit dem früheren V-Mann Thomas S. genannt wird. Die Bundesanwaltschaft führt S. im NSU-Verfahren als Beschuldigten. Der zweite V-Mann »VP 620« habe »etwas zur rechten Musikszene gesagt, was einen Beschuldigten des NSU-Verfahrens betraf«, teilte ein Polizeisprecher mit. Unter den Personen, gegen die die Behörden als Beschuldigte im NSU-Fall ermitteln, ist als bekannter Akteur der Musikszene auch der Sachse Jan W. vertreten. Er steht in Verdacht, dem NSU Waffen beschafft zu haben. Der V-Mann Thomas S. hatte 2002 W. als Quelle für seinen Hinweis auf das Trio genannt.

18. Februar: Bundespräsident Joachim Gauck lädt Angehörige der NSU-Opfer ein. Nicht alle kommen der Einladung nach, sie fordern die vollständige Aufklärung der NSU-Morde.

19. Februar: Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU), legt der »Parlamentarischen Kontrollkommission« einen

nichtssagenden Bericht über die Verbindungen von Neonazis aus dem Bundesland zum NSU und die Ermittlungen der Behörden zu dem NSU-Mord in Rostock vor.

24. Februar: »Bündnis 90/Die Grünen« verlangen von Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) die Herausgabe von Akten im Fall des V-Mannes »Corelli«. Bisher habe sich der Innenminister in der »Parlamentarischen Kontrollkommission« des Landtags geweigert, das Material zu dem Mann aus dem NSU-Umfeld zur Verfügung zu stellen.

28. Februar / 1. März: Eine weitere Ermittlungspanne des BKA und des Thüringer LKA kommt im NSU-UA des Bundestages ans Licht. ErmittlerInnen haben 1998 bei der Suche nach den Untergetauchten versäumt, Adress- und Telefonlisten auszuwerten, die sich aus heutiger Sicht wie ein Verzeichnis der späteren NSU-UnterstützerInnen lesen. Neben der bereits bekannten Liste, die bei der Razzia gegen die späteren NSU-Mitglieder in Jena 1998 gefunden wurde, war eine zweite Liste aufgetaucht. Die ErmittlerInnen des LKA Thüringen und des BKA betrachteten die Liste damals als »für das Ermittlungsverfahren ohne Bedeutung«. Die Adressen hätten die ErmittlerInnen rechtzeitig auf die Spur des Trios bringen können, wurden aber offensichtlich nicht ausgewertet. Den ZielfahnderInnen, die dann vergeblich nach dem späteren Terror-Trio suchten, wurde die Liste nicht einmal ausgehändigt.

5. März: »Bündnis 90/Die Grünen« in Mecklenburg-Vorpommern lehnen nach der Veröffentlichung des NSU-Berichtes von Innenminister Caffier die Einrichtung eines eigenen UA zum NSU ab.

6. März: Die »Badische Zeitung« berichtet, dass das Innenministerium in Baden-Württemberg eine eigene Ermittlungsgruppe zum NSU gründet.

7. März: Im NSU-UA Thüringen wurden zwei Verfassungsschützer befragt, die vom Thüringer Innenministerium als Auswerter von Informationen des V-Mannes Tino Brandt benannt worden waren. Es zeigte sich, dass beide nie als Auswerter gearbeitet und Informationen von dem Neonazi und Gründer des »Thüringer Heimatschutz« (THS) erhalten haben.

8. März: Es wird bekannt, dass Ermittlungsbehörden 1998 vor Ort waren, als ein Kurier Geld für die abgetauchten Jenaer Neonazis an einen Mittelsmann übergab. Von der Übergabe auf einem Parkplatz in Zwickau sollen Fotos existieren. Ein Kurier sagte, das Thüringer LKA habe ihm die Fotos 1999 in der Bundeswehrkaserne Mellrichstadt vorgelegt, wo er damals Dienst leistete. Die Befragung ist in LKA-Akten dokumentiert. Aus den Akten geht auch hervor, dass der Jenaer dem LKA mehrere Kurierfahrten nach Sachsen bestätigt habe. Unklar ist, wo die Fotos sind, wer sie gemacht hat und ob die ErmittlerInnen versucht haben, den Mittelsmann zu identifizieren.

11. März: Der NSU-UA Thüringen stellt einen 554-seitigen Zwischenbericht der Öffentlichkeit vor. Das Dokument mit dem vorläufigen Resümee aus 31 Sitzungen des Ausschusses, der bisher 55 Zeuginnen vernommen hat und dem von der Landesregierung etwa 5.000 Akten übergeben wurden, befasste sich bisher mit der Zeit bis zum Untertauchen des NSU 1998.

14. März: Der frühere Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hat vor dem NSU-UA des Bundestags die »politische Verantwortung« für das Versagen bei den NSU-Ermittlungen übernommen. Einen Tag nach dem Nagelbombenanschlag in der Keupstraße in Köln am 9. Juni 2004 hatte er erklärt, die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden deuteten »nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu.«

Gleichzeitig bestritt er im UA, die Situation damals falsch eingeschätzt zu haben.

17. März: Es wurde bekannt, dass die Polizei zwischen 2005 und 2006 in Jena einen Neonazi als »Vertrauens-Person« (VP) geführt hat. Das Innenministerium hatte dagegen noch im Mai 2012 im Thüringer Landtag erklärt, dass die Polizei keine V-Personen in der Neonazi-Szene habe.

18. März: Thüringens Innenminister Geibert (CDU) will in Folge des NSU-Skandals die Eigenständigkeit des LfV aufgeben und das Amt als Abteilung in das Ministerium integrieren.

24. März: Das BKA hat mit dem BfV eine Liste von 129 Personen zusammengestellt, die den NSU direkt oder über Mittelsleute unterstützt oder zu ihm Kontakt gehabt haben sollen.

26. März: Das bayerische Oberlandesgericht akkreditierte 50 Journalistinnen für den NSU-Prozess. Darunter befinden sich bisher keine türkischen PressevertreterInnen.

29. März: Die Bundesanwaltschaft prüft, ob der Neonazi und frühere V-Mann Ralf M. (»Primus«) Autos für zwei Morde des NSU gemietet hat. Zwei Anmietungen durch seine Baufirma überschneiden sich zeitlich mit Morden in Nürnberg und München 2001.

2. April: nsu-watch.info, ein Zusammenschluss antifaschistischer Initiativen, kündigt eine unabhängige und öffentliche Beobachtung des NSU-Prozesses in München an.

3. April: Die »Berliner Zeitung« nennt 24 Personen, die im Umfeld des THS und des NSU als Spitzel verschiedener Geheimdienste tätig waren.

10. April: Die Bundesanwaltschaft durchsucht erneut die Wohnung von Susann E., Ehefrau des Angeklagten André E., in Zwickau. Sie steht im Verdacht, den NSU unterstützt und Zschäpe bei der Flucht geholfen und so Strafvareitelung betrieben zu haben.

15. April: Das Oberlandesgericht verschiebt die Eröffnung des NSU-Prozesses aufgrund der Auseinandersetzung um die Presseplätze. Unter anderem hatte die türkische Zeitung »Sabah« dagegen geklagt, dass sie bei der Vergabe der Plätze ebenso wie andere internationale Medien nicht berücksichtigt wurde. Das Gericht entscheidet, die Presseplätze nun zu verlosen.

29. April: Unter großer medialer Beachtung verlost das Gericht die Presseplätze, erneut erhalten relevante Medien keinen Platz. Die Klage gegen das neue Vergabeverfahren eines freien Journalisten wird später abgewiesen, ein Presseplatz muss später aufgrund eines Fehlers neu verlost werden.

5. Mai: Mehrere VertreterInnen der NebenklägerInnen umfassende Aufklärung gefordert. Sie glauben, habe aus mehr als nur drei einzelnen Neonazis bestanden. Auch das »Versagen« des Staates und das Umfeld des NSU müssten im Prozess behandelt werden. »Es geht nicht darum, in möglichst kurzer Zeit maximale Strafen zu erreichen, sondern um möglichst umfassende Aufklärung«, sagte die Münchner Anwältin Angelika Lex.

6. Mai: Der Prozess gegen Zschäpe und die mutmaßlichen NSU-Unterstützer beginnt in München. Der erste Tag ist geprägt von einem großen medialen Interesse und Anträgen der Verteidigung. Zur Verlesung der Anklage kommt es nicht.

# Eine Chronik des NSU – VIII

(6. Mai - 22. August 2013)

von Christian Schaft und Frederik Müller

06. Mai: Vor dem Münchner Oberlandesgericht (OLG) beginnt der Prozess gegen die mutmaßliche Terroristin des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) Beate Zschäpe und die mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben, Holger G., Carsten S. und André E..

13. Mai: Bei einer ZeugInnenvernehmung im Untersuchungsausschuss (UA) des Thüringer Landtages wird bekannt, dass die fehlerhafte Kommunikation zwischen dem Landeskriminalamt (LKA) und dem »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« (TLfV) 1998 zum Fluchterfolg der späteren NSU-Mitglieder beitrug. Nicht alle Informationen über die Verdächtigen wurden an das LKA gegeben, so dass sich die Razzia am 26. Januar 1998 verzögerte.

14. Mai: Am zweiten Verhandlungstag des NSU-Prozesses wird unter anderem der Anklagesatz, eine Zusammenfassung der fast 500-seitigen Anklageschrift, verlesen. Zschäpe wird die Mittäterinnenschaft bei zehn Morden und zwei Sprengstoffanschlägen vorgeworfen.

16. Mai: Am vierten Prozesstag in München gab Richter Manfred Götzl bekannt, der Anschlag in der Kölner Keupstraße bleibe Teil des Verfahrens, es werde keinen zweiten NSU-Prozess geben. Auf Grund des Umfangs des Prozesses war diskutiert worden, das Attentat gesondert zu verhandeln.

16. Mai: Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hat zum Abschluss seiner 15-monatigen Arbeit den Behörden ein miserables Zeugnis ausgestellt. In den Verfassungsschutzämtern sei »für den Rechtsextremismus nicht unbedingt das qualifizierteste Personal vorhanden«, sagte der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD).

04. Juni: Am fünften Verhandlungstag im NSU-Prozess gesteht der Mitangeklagte S., zusammen mit dem Mitangeklagten Wohlleben die Ceska-Pistole mit Schalldämpfer besorgt und an Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt übergeben zu haben. Er hatte dies schon im Ermittlungsverfahren gestanden. Gedanken darüber, was Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe mit der Waffe vorhatten, habe er sich nicht gemacht.

06. Juni: Vor dem Thüringer NSU-UA sagt die Mutter des mutmaßlichen NSU-Mitgliedes Böhnhardt zu den Umständen der Hausdurchsuchung und der Flucht ihres Sohnes 1998 aus. Ihren Aussagen nach hatte Böhnhardt vor seiner Flucht durch eine Polizistin einen Hinweis auf die drohende Verhaftung erhalten. Auch sei es ihm möglich gewesen, Mundlos und Zschäpe vor der Flucht zu kontaktieren. Weiterhin wird bekannt, dass sich die Eltern während der Zeit des Untertauchens mehrfach im Geheimen mit ihrem Sohn getroffen haben.

07. Juni: Der Angeklagte G. gibt in der Vernehmung beim NSU-Prozess zu, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe mit Reisepässen, Führerscheinen und 2001 oder 2002 einer Waffe versorgt zu haben, die Wohlleben beschafft hatte.

10. Juni: Vor dem Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss sagen zwei Zeugen der Polizeiabteilung des Thüringer Innenministeriums aus. Nach der Aussage des vernommenen und 1998 ermittelnden Beamten Robert R., haben die BeamtInnen während der Garagendurchsuchung die »Ansage gehabt«, niemanden festzunehmen, solange es keine außergewöhnlichen Funde gebe. Das Fluchtpotential der Verdächtigen habe man unterschätzt.

11. Juni: Die Aussage des Angeklagten S. bewegt im NSU-Prozess die Staatsanwaltschaft dazu, einen weiteren ungeklärten Anschlag in Nürnberg im Zusammenhang mit dem NSU zu prüfen. Es gebe einen Zusammenhang zwischen einem Rohrbombenschlag in einer Gaststätte eines türkischen Betreibers. Ein Helfer des Betreibers habe am 24. Juni 1999 einen etwa 30 Zentimeter langen Gegenstand entdeckt, der wie eine »Taschenlampe« ausgesehen habe, und beim Anschalten explodierte. Das Opfer erlitt Verbrennungen. Die Bundesanwaltschaft musste einräumen, dass es eine aktualisierte Liste mit Personen aus dem Umfeld des NSU gebe. Die sogenannte »129er-Liste« umfasse nun etwa 500 Personen.

13. Juni: Der UA des Bundestages trifft sich zu einer geheimen Sondersitzung. Es soll um mögliche Hinweise eines V-Mannes aus Baden-Württemberg zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter gehen. Dieser soll in Zusammenhang mit dem Mord eine Verbindung in die rechte Szene vor Ort belegen können.

18. Juni: Der Generalbundesanwalt gibt bekannt, dass gegen Zschäpe ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen des Anschlags von 1999 in Nürnberg eingeleitet wird.

18. Juni: Im NSU-Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtages wird bekannt, dass die ermittelnden Behörden schon 2007 von einer Gruppe namens »NSU« gehört hätten. Ein Beamter sagte, der Verfassungsschutz aus Thüringen oder Sachsen habe die Mitteilung gemacht, dass es eine rechte, terroristische Vereinigung NSU gebe, »das heißt dann Nationalsozialistischer Untergrund«. Der NSU könnte etwas mit der ungeklärten Mordserie zu tun haben. Später nimmt die Staatsanwaltschaft München Ermittlungen gegen den Beamten wegen möglicher Falschaussage auf.

19. Juni: Die Rostocker Bürgerschaft beschließt, einen Gedenkstein für das NSU-Opfer Mehmet Turgut zu errichten.

20. Juni: Aufgrund des Auffindens neuer, bisher nicht registrierter Akten zu »Blood & Honour«, dem »Ku-Klux-Klan« sowie der Geheimdienstoperation »Terzett« beim Sächsischen Verfassungsschutz wird dessen stellvertretender Präsident Olaf Vahrenhold entlassen.

21. Juni: Berlins Landeskriminalamt hatte noch einen dritten V-Mann im Umfeld des NSU. Neben Thomas S. (»V-Mann 562«) und dem Spitzel »VP 620« habe laut Akten auch der »V-Mann 773« über das Umfeld der Abgetauchten berichtet.

24. Juni: Die »taz« berichtet, daß 2004 aufgenommene Überwachungsvideos aus Köln, die Böhnhardt und Mundlos kurz vor dem Platzieren der Nagelbombe in der Keupstraße zeigen, nicht vollständig ausgewertet wurden. Darauf seien mögliche weitere ZeugInnen zu sehen, die Nebenklage will die vollständigen Videos als Beweisstücke in das Verfahren einbringen.

27. Juni: Ein Hinweis auf ein weiteres, 1998 bei Böhnhardt aufgefundenes »Telefonnummernverzeichnis relevanter Personen« taucht in den Akten des Thüringer Untersuchungsausschusses auf. Die Liste wurde nicht ausgewertet und ist offenbar vernichtet worden.

27. Juni: Der Bruder des NSU-Mordopfers Süleyman Tasköprü aus Hamburg kritisiert, dass weder Kanzlerin Angela Merkel (CDU) noch Präsident Joachim Gauck bisher die Angehörigen in Hamburg besucht hätten und sich die Sicherheitsbehörden bisher nicht bei der Familie für falsche Verdächtigungen und Ermittlungen gegen sie im Zusammenhang mit dem Mord entschuldigt hätten.

1. Juli: Merkel trifft in Berlin 40 Angehörige der NSU-Opfer, sie fordern von der Regierung unter anderem stärkeres Bemühen um die Aufklärung der NSU-Morde.

3. Juli: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und der Chef des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV), Hans-Georg Maaßen, kündigen als Lehren aus dem NSU für den Geheimdienst 130 Reformmaßnahmen für die internen Arbeitsabläufe und den Umgang mit Akten an. BeobachterInnen nannten die Auflistung eine »Hitliste der Banalitäten«.

8. Juli: »Der Spiegel« berichtet, die frühere Partnerin des mutmaßlichen NSU-Helfers Wohlleben sei unter dem Tarnnamen »Jule« Informantin des TLFV gewesen. 1998 und 1999 soll sie Informationen über ihn und seine Kontakte in der Neonazi-Szene berichtet haben.

10. Juli: Der MDR meldet, das TLFV habe 2001 versucht, den NSU-Helfer Carsten S. als Informanten zu gewinnen. Das gehe aus Unterlagen des Amtes hervor. Ob er tatsächlich angesprochen oder geworben wurde, ist bislang unklar. S. verneint eine Ansprache durch das TLFV.

13. Juli: In Dortmund wird ein Gedenkstein für die NSU-Opfer eingeweiht. In der Stadt wurde Mehmet Kubasik als erstes Opfer des NSU ermordet.

17. Juli: Der Bayerische Landtag diskutiert den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses. In dem öffentlichen Dokument werden den Behörden Fehler bei der Fahndung wegen der fünf Morde des NSU in Bayern vorgeworfen. Zudem sei der Geheimdienst ahnungslos, ineffizient und voreingenommen gewesen.

18. Juli: Im NSU-Prozess sagt ein BKA-Beamter aus, der V-Mann des TLFV Tino Brandt habe in den 1990er Jahren die späteren NSU-Mitglieder darin bestärkt, Gewalt anzuwenden.

23. Juli: Laut einer repräsentativen Studie glauben zwei Drittel der in Deutschland lebenden Türkinnen nicht an eine lückenlose Aufklärung

der NSU-Morde. Nur neun Prozent denken, daß die Rolle der Sicherheitsbehörden geklärt werde und nur sieben Prozent der Befragten glauben, dass die Bundesregierung den politischen Willen zur Aufklärung hat. 70 Prozent sagen, die Taten hätten ihr privates Leben beeinflusst. Es würden heute erhöhte Sicherheitsvorkehrungen getroffen und Pläne zur Auswanderung gemacht.

26. Juli: In einem Positionspapier wirft Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) dem Innenminister des Landes, Jörg Geibert (CDU), und dem TLFV vor, aus dem NSU nichts gelernt zu haben. In den Behörden habe sich »nichts geändert«.

30. Juli: Die »Stuttgarter Zeitung« berichtet, daß SPD und Grüne die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum NSU ablehnen, obwohl zahlreiche Spuren des NSU nach Baden-Württemberg führen. So bleibt der letzte Mord der Neonazis 2007 an einer Polizistin in Heilbronn bis heute völlig rätselhaft.

31. Juli: Die Staatsanwaltschaft Erfurt stellt die Ermittlungen gegen Zschäpe wegen einer Schießerei am Bahnhof Erfurt am Silvesterabend 1996 ein. Drei Neonazis – zwei Männer und eine Frau – hätten damals nach einem Streit auf zwei andere Männer geschossen. Sie wollen nach dem Auffliegen des NSU Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe als Täter wiedererkannt haben. Die Staatsanwaltschaft ist der Auffassung, es gebe keinen Anfangsverdacht für eine MittäterInnenschaft Zschäpes.

04. August: Der MDR schreibt, daß die Thüringer Landesregierung erst mit einer Verspätung von eineinhalb Jahren Geheimdienst-Unterlagen zum NSU der Bundesanwaltschaft zur Verfügung gestellt hat. Die Akten zur versuchten Anwerbung von Carsten S. als Spitzel seien erst jetzt in einem Panzerschrank des Geheimdienstes aufgefunden worden.

06. August: Ein Bayerischer Ermittler sagte im NSU-Prozess, er sei nach dem Mord an Ismail Yasar 2005 »selbstverständlich« von einem rassistischen Hintergrund ausgegangen, es seien dann aber keine konkreten Spuren gefunden worden.

10. August: Die »Stuttgarter Zeitung« berichtet, der NSU habe in 14 Städten in Baden-Württemberg potentielle Anschlagziele ausgespäht. Einzelpersonen, Geschäfte von MigrantInnen und Parteibüros seien von den mutmaßlichen NSU-Mitgliedern auf einer Liste registriert worden.

18. August: »Der Spiegel« berichtet, das Bundesinnenministerium verlangt vor der Veröffentlichung des Abschlussberichtes des UA des Bundestages zum NSU die Bearbeitung von insgesamt 118 Textstellen und die komplette Streichung von 47 Passagen.

22. August: Der UA des Bundestages übergibt nach eineinhalb Jahren Arbeit seinen öffentlichen Abschlussbericht an den Bundestag und stellt ein »beispielloses Versagen der Behörden« fest. Der Bericht umfasst knapp 1.400 Seiten, basiert auf 12.000 Akten und den Aussagen von 107 ZeugInnen.

*Protokolle aller Verhandlungstage am Münchener OLG im NSU-Prozess gibt es unter: [www.nsu-watch.info](http://www.nsu-watch.info)*

# Eine Chronik des NSU – IX

(22. August bis 22. Oktober 2013)

## von Ernst Kovahl

22. August: Der »Zentralrat der Muslime in Deutschland« fordert Konsequenzen aus dem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses (UA) des Bundestages zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU). Rassismus in der Gesellschaft müsse aufgearbeitet und die Sicherheitsbehörden reformiert werden.

27. August: Die »Türkische Gemeinde in Deutschland« legt einen »Schattenbericht« zur NSU-Mordserie und politischen Konsequenzen vor. Die Organisation fordert weitere Aufklärung und Schritte gegen Rassismus und Neonazismus.

28. August: »Der Spiegel« berichtet, dass das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe in die Taten von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos eingeweiht war. Nach deren letzten Banküberfällen 2011 habe sie im Internet nach Polizeimeldungen aus den Orten gesucht.

29. August: Das Münchener Oberlandesgericht (OLG) lädt den Polizeibeamten Martin A., der 2007 einen dem NSU zugerechneten Anschlag in Heilbronn überlebte, als Zeugen. Der UA des Bundestages hatte auf seine Aussage verzichtet.

1. September: Thüringen will den Geheimdienst stärker an das Innenministerium anbinden, V-Leute besser kontrollieren und einen zivilgesellschaftlichen »Beirat« zur Begleitung der Spitzelarbeit aufbauen.

2. September: Der Bundestag debattiert den Abschlussbericht des NSU-UA. Angehörige der Opfer nehmen an der Sitzung teil.

2. September: Der NDR berichtet über Kontakte der späteren NSU-Mitglieder zu Hamburger Neonazis. So soll unter anderem Böhnhardt 1997 an einer Schulung von Szene-Anwältin Gisa P. teilgenommen haben. Das »Deutsche Rechtsbüro« habe auch auf einer möglichen Spendenliste des NSU gestanden.

5. September: Im NSU-Prozess werden Überwachungsvideos von 2004 aus Köln gezeigt, auf denen neben Böhnhardt und Mundlos kurz vor dem Bombenanschlag weitere Personen zu sehen sind, die nach Ansicht von NebenklägerInnen in bisher ungeklärtem Zusammenhang zum NSU stehen könnten.

6. September: Im NSU-Prozess sagt eine Zeugin, sie habe die mutmaßlichen Mörder von Ismail Yasar 2005 gesehen und 2006 auf Videoaufnahmen vom Bombenanschlag in Köln wiedererkannt. Die Polizei verfolgte diese Spur nicht.

7. September: Der Präsident des »Zentralrats der Juden in Deutschland«, Dieter Graumann, kritisiert die früheren Aussagen von Sicherheitsbehörden, es gebe in Deutschland keinen Rechtsterrorismus.

9. September: Im Thüringer UA sagt der frühere Leitende Oberstaatsanwalt in Gera, Arndt Koeppen, es habe in seiner Behörde immer Spekulationen gegeben, dass der Geheimdienst die Fahndung nach den 1998 Abgetauchten sabotiert habe.

11. September: Am 13. Todestag von Enver Şimşek wird in seiner Heimatstadt Schlüchtern eine Gedenktafel enthüllt.

11. September: Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster im Streit um die Versetzung zweier Mitarbeiter des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« wegen Aktenvernichtungen wird bekannt. Die Vorgesetzten des Beamten, der für die Vernichtung verantwortlich war, können wieder auf ihre Posten zurückkehren.

12. September: Ein NSU-Opferanwalt fordert für Baden-Württemberg einen UA. Es gebe zu viele Unklarheiten mit Bezügen zu dem Bundesland. Die Gewerkschaft »IG BAU« fordert die Fortsetzung des Bundestags-UA nach der Wahl.

16. September: Der 21-jährige Florian H. verbrennt in seinem Auto in Stuttgart-Bad Cannstatt. Er sollte von der »Ermittlungsgruppe Umfeld« des Landeskriminalamtes (LKA) Baden-Württemberg zu möglichen NSU-Kontakten befragt werden. Die Polizei geht von Selbstmord aus.

17. September: Die Verteidigung von Zschäpe verlangt vom Gericht mehr Geld und lässt deswegen Prozesstermine platzen. Unter anderem wegen dieser Forderung reisen mehrere Zeuginnen und Angehörige der Opfer umsonst zum Prozess.

1. Oktober: Der frühere hessische Geheimdienst-Mitarbeiter Andreas T. wiederholt im NSU-Prozess seine Behauptung, er habe, obwohl er vor Ort war, von dem Mord in einem Kasseler Internetcafé nichts mitbekommen.

1. Oktober: Der MDR berichtet, die Geheimdienst-Quelle »Tarif« sei der langjährige führende Neonazi Michael S.. Er hatte unter anderem Verbindungen zum »Thüringer Heimatschutz« und mutmaßlichen NSU-Mitgliedern und -helfern. S. lebt heute in Schweden.

4. Oktober: Der »Bayerische Rundfunk« enthüllt, dass auch bei der Fahndung nach den Tätern des ebenfalls mutmaßlichen NSU-Bombenanschlags im Juni 1999 in einer Nürnberger Kneipe die Polizei vor allem das türkische Opfer und drei türkische Gäste verdächtige; für einen Deutschen am Tatort interessierte sie sich nicht.

17. Oktober: Im NSU-Prozess sagt ein ehemaliger Schweizer Waffenhändler, er habe die mutmaßliche NSU-Tatwaffe »Česka« mit Schalldämpfer an einen Kunden in der Schweiz verkauft. Von dort gelangte sie offenbar über Zwischenhändler an den mutmaßlichen NSU-Helfer Carsten S..

17. Oktober: Bei einer Razzia in einem Chemnitzer Computerladen im Zusammenhang mit dem NSU werden eine Softairwaffe und ein Luftdruckgewehr gefunden. Der Ladeninhaber ist verdächtig, bei der Beschaffung der NSU-Waffen geholfen zu haben.

20. Oktober: Die SPD Baden-Württemberg lehnt die Forderung der Jusos nach einem NSU-UA ab. Ende 2013 will Landesinnenminister Reinhold Gall (SPD) einen Bericht vorlegen.

22. Oktober: NebenklägerInnen aus dem NSU-Prozess verlangen neue Ermittlungen zum hessischen Geheimdienstler Temme. An seiner früheren Fahrtroute zur Arbeit liegen mehrere ausgespähte mögliche NSU-Anschlagsziele in Kassel.

*Protokolle aller Verhandlungstage am Münchner OLG im NSU-Prozess gibt es unter [www.nsu-watch.info](http://www.nsu-watch.info), die Stellungnahmen der NebenklägerInnen unter [www.nsu-nebenklage.de](http://www.nsu-nebenklage.de).*